

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 8. Juni 2026 in Luxemburg

Am 8. Juni 2026 fand die formelle Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie unter zyprischem Vorsitz (Lexis Vafeades, Minister für Transport, Kommunikation und öffentliche Arbeiten) statt. Bei der Ratstagung wurden Dossiers aus dem Verkehrsbereich sowie die Richtlinie zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG (federführend Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus) behandelt. Österreich war bei diesem Treffen durch Herrn Bundesminister Peter Hanke vertreten. Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

LANDVERKEHR

Der Rat nahm zur **Verordnung über saubere Unternehmensfahrzeuge** einen Fortschrittsbericht an.

Zu den **Bemühungen zur Dekarbonisierung im Verkehrssektor nach 2030** fand ein Gedankenaustausch statt, bei dem insbesondere das Zusammenspiel von Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit diskutiert wurde, wobei die Rahmenbedingungen eines jeden Verkehrsträgers gesondert betrachtet wurden.

Bei den Schlussfolgerungen zur **EU-Industriestrategie für die maritime Wirtschaft** informierte die EK, dass sie einen Aktionsplan für die Umsetzung der Strategie vorbereite und zu den Schlussfolgerungen zur **Strategie für die Häfen der EU** betonte sie, dass die

Strategie als ein Fahrplan für den Wandel und eine ehrgeizige Vision für die Häfen zu sehen sei. Der Rat nahm die Schlussfolgerungen an.

SONSTIGES

Unter „Sonstiges“ erfolgte zunächst eine Information von Griechenland zur **Vereinfachung und Beschleunigung der Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren für Eisenbahnsysteme auf EU-Ebene zur Beschleunigung der ERTMS-Einführung** und von Belgien zur **Freigabe der ERTMS-Einführung (ERTMS – Europäisches Eisenbahnverkehrsleitsystem): Stabilität, Einfachheit und Interoperabilität an erster Stelle.**

Belgien stellte das gemeinsam mit Griechenland, Kroatien, Österreich, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn eingebrachte Thema **Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Schienengüterverkehrs** vor. Man müsse dem Schienenanteil im Güterverkehr ein Wachstum erlauben, wichtig sei daher die Schaffung eines strategischen Rahmens und eine stärkere Berücksichtigung des Schienengüterverkehrs in der nächsten Periode des MFR (mehrfähriger Finanzrahmen).

Anschließend erfolgte eine Information Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Kroatiens, Luxemburgs, Österreichs, Polens, Portugals und Rumäniens zum Thema **Ein strategischer Ansatz für die europäische Eisenbahnindustrie.**

Österreich begrüßte, dass die europäische Bahnindustrie als nachhaltiger Verkehrsträger – gerade in Zeiten unsicherer Energieversorgung – an Bedeutung gewinne. Sie schaffe Wertschöpfung, sichere hunderttausende Arbeitsplätze und sei essenziell für die Verkehrs-, Klima- und Industriepolitik. Gleichzeitig aber wachse der Druck durch globalen Wettbewerb, ungleichen Marktzugang, ausländische Subventionen und Abhängigkeiten. Zudem erfordere die zunehmende Digitalisierung der Bahn mehr Fokus auf Sicherheit und digitale Souveränität, was auch für die militärische Mobilität hoch relevant sei. Österreich forderte die Europäische Kommission daher dringend auf, bestehende Handels-, Vergabe- und Binnenmarktinstrumente zu prüfen und eine umfassende europäische Eisenbahnstrategie vorzulegen.

Weiters erfolgte eine Informationen Kroatiens, Portugals und Spaniens zum Thema **Wettbewerbsfähigkeit der EU-Eisenbahnindustrie.** Außerdem brachte Österreich

gemeinsam mit den Niederlanden den **6. Fortschrittsbericht der Plattform für den Internationalen Schienenpersonenverkehr (IRP)** ein. Die niederländische Delegation erklärte, die IRP habe sich insbesondere mit den Themen Bahntickets, Eisenbahnkapazität, Rollmaterial und Pilotprojekten befasst. Zudem hoben die Niederlande den Beitrag der IRP zur Umsetzung der strategischen Leitlinien der RCM-VO (Verordnung über das Eisenbahnkapazitätsmanagement) hervor und kündigte einen Fahrplan für internationale Personenverkehrsverbindungen mit einer Vision bis 2040 an.

Nach einer Information der Kommission zu den Themen **Passagierpaket, EU-Initiative für große grenzüberschreitende Testumgebungen für autonome Fahrzeuge** und **Initiative für saubere Verkehrskorridore** folgte eine gemeinsame Information des Vorsitzes mit der Kommission zur **Krise im Nahen Osten: Koordinierung und Reaktionsmaßnahmen im Verkehrssektor – Folgemaßnahmen zum Treffen der Verkehrsminister per Videokonferenz vom 21. April 2026**. Die Kommission verwies auf den im April 2026 vorgelegten „Accelerate EU Plan“, der die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Kraftstoffe vorsehe, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhren und Lagerbestände von Kraftstoffen in der EU verfolge. Eine interne Erstbewertung der Situation sei abgeschlossen, es gebe derzeit keine Kerosinknappheit, die Versorgungsketten funktionierten und strategische Reserven seien vorhanden. Die Situation bleibe jedoch volatil.

Seitens des Vorsitzes gab es auch noch Informationen über die bisherigen Arbeiten zur **Verordnung über die militärische Mobilität**, zur **Verordnung über Fluggastrechte**, zur **Verordnung über die Durchsetzung der Fahr- und Fluggastrechte in der Union**, zur **Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG des Rates zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte für bestimmte Straßenfahrzeuge** und zur **Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG (Eurovignette)**.

Die Kommission berichtete über die **laufende Studie zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung**. Derzeit laufe ebenfalls eine EK-Studie zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen einer Abschaffung der Zeitumstellung. Für 30. Juni 2026 sei ein Workshop mit den MS und den Stakeholdern angedacht. Die Kommission appellierte ebenfalls an die MS, konstruktiv an einer Lösung mitzuwirken, um die Zeitumstellung endgültig zu beenden.

Von Malta gab es einen **Aufruf zur Fortsetzung der Beratungen über den Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr**. Die Kommission kündigte ihre Entscheidung in der Sache für den Herbst 2026 an.

Von den Niederlanden erfolgte eine Information **über Aggressive Fluggäste: Austausch von Flugverbotslisten zwischen Luftfahrtunternehmen**. Im Anschluss gab es Informationen zum gemeinsam von Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien eingebrachten Thema **Bedrohungen für die Infrastrukturen und den Betrieb des zivilen Verkehrs durch Drohnen** und Informationen zum gemeinsam von Finnland, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Polen und Tschechien eingebrachten Thema **Veröffentlichung des Bewertungsberichts der EHS-Luftverkehrskommission**.

Irland informierte abschließend über die politischen Prioritäten und das **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**. Als übergeordnete Prioritäten nannte Irland die Dekarbonisierung und Stärkung des Verkehrssektors, die Gewährleistung einer sicheren, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Verkehrsanbindung in ganz Europa und die Fortsetzung der Anstrengungen zum Schutz und zur Erhöhung der Resilienz der Verkehrsinfrastruktur.

Irland kündigte zudem an, dass sich die Arbeiten im Bereich Verkehr auf vier Themenbereiche konzentrieren werde, nämlich auf Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung, Bürgerinteressen sowie Sicherheit und Resilienz. Die Schwerpunkte werden auf der Stärkung des maritimen Sektors, der Umsetzung von Emissionsstandards für PKW und LKW, der Überarbeitung von Passagierrechten sowie der Finalisierung von Verordnungen zu militärischer Mobilität und Verkehrssicherheit liegen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 11. September 2026

Peter Hanke
Bundesminister